

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV

Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA

Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland

Band IV/035

Zusammenfassung des NWO-Geheimprojektes "Versklavung und Vernichtung Deutschlands", Teil 2

Anglo-amerikanischer Luftkrieg von 1940-1945: Die britische Regierung beschloß am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/-29).

Beim letzten schweren Luftangriff auf London am 10./11. Mai 1941 (mehr als 500 deutsche Kampfflugzeuge und Bomber) starben über 1.200 Briten (x041/110). Die "Luftschlacht um England" wurde danach wegen des Rußlandfeldzuges abgebrochen.

Am 28. März 1942 begann die "Strategische Luftoffensive" der Royal Air Force gegen das Deutsche Reich (x175/380). 234 britische Flugzeuge warfen am 28./29. März 1942 hauptsächlich 304 t Brandbomben über der Lübecker Innenstadt ab. Die erstmalig im Flächenbombardement eingesetzten Flüssigkeits-Brandbomben erzeugten verheerende Wirkungen. Dieser Luftangriff forderte 320 Tote und 785 Verletzte unter der Zivilbevölkerung. 1.425 Gebäude wurden völlig zerstört. Die britischen Angreifer verloren 12 Bomber (x040/123).

Am 10. Juni 1943 begannen die westlichen Alliierten ihre systematischen Bombenangriffe gegen das Deutsche Reich. Nach den Vereinbarungen von Casablanca flog die US-Luftflotte Tagesangriffe bzw. Präzisionsbombardierungen, während die britische Royal Air Force nur Nachtangriffe bzw. Flächenbombardierungen durchführte.

Um den Widerstandswillen der Deutschen zu zerschlagen, wurden während des Zweiten Weltkrieges in erster Linie die Wohnviertel der werktätigen Bevölkerung, die allein schon wegen ihrer Ausdehnung viel leichter zu treffen waren, bevorzugte Angriffsziele der britischen Luftoffensive.

Die deutsche Zivilbevölkerung erfuhr erst nach dem Kriegsende, daß die Bombardierung der Wohnviertel kein Zufall war, sondern bereits frühzeitig nach strategischen Plänen erfolgte. Diese systematischen Terrorangriffe gegen wehrlose Frauen, Kinder und alte Menschen sollten hauptsächlich den Durchhaltewillen und die Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung brechen.

Am 13./14. Februar 1945 führten Briten und Nordamerikaner die vernichtende "**Operation Donnerschlag**" gegen Dresden durch.

Da die meisten Toten nur noch bis zur Unkenntlichkeit verkohlte und verstümmelte, kümmerliche Massen waren, konnte man nur etwa 40.000 Todesopfer identifizieren bzw. namentlich feststellen (x062/573). Bei den Todesopfern handelte es sich mehrheitlich um Frauen und Kinder. Die exakte Zahl der Todesopfer konnte nie genau ermittelt werden, weil zahllose Op-

fer in der völlig zertrümmerten Dresdener Altstadt verschüttet wurden.

Etwa 18.000 Tote wurden in langen Massengräbern auf dem Dresdener Heidefriedhof beerdigt. Die restlichen Todesopfer stapelte man auf Eisenbahnschwellen. Riesige Leichenberge bzw. "Scheiterhaufen" wurden mit Benzin übergossen und verbrannt. Der bestialische, süßliche Geruch von Verwesung und verbrannten Leichen lag danach wochenlang wie ein Pesthauch des Todes über der Stadt.

Manche britische Historiker bezeichneten die Luftangriffe auf Dresden später als militärisch völlig sinnlos oder stuften diese Bombardierungen auch als Kriegsverbrechen ein. Die Amerikaner und Briten sollen in Jalta angeblich Vernichtungsangriffe auf die ost- und mitteldeutschen Städte zugesagt haben, aber Beweise gab es dafür nicht. Churchill bestätigte später lediglich, daß er den Sowjets die Kampfkraft der westlichen Alliierten demonstrieren wollte (x062/573). Churchills "Demonstration der militärischen Stärke" kostete in Dresden wahrscheinlich mehr als 250.000 Menschenleben und verursachte in nur wenigen Stunden das vermutlich größte Massensterben des Zweiten Weltkrieges.

Von Fritsch-Seehausen, der damals die Bergung und Registrierung der Dresdener Todesopfer leitete, gab die Verluste mit mindestens 300.000 an (x025/239). Die "Joint Relief Commission" des IKRK ging von etwa 275.000 Todesopfern aus (x028/219). Andere Schätzungen reichten damals von 60.000-200.000 Tote oder sogar bis 400.000 Todesopfer (x028/219).

In den letzten Kriegsmonaten verstärkten die westlichen Alliierten besonders die Luftangriffe gegen die nord-, mittel- und ostdeutschen Ostseehäfen und Großstädte. Die nordamerikanischen und britischen Bomberflotten bombardierten in jener Zeit auch mehrfach die mit Flüchtlingen überfüllten Ostseehäfen in Danzig, Gotenhafen, Stettin, Swinemünde und Kiel. Die US-Tiefflieger griffen außerdem vielerorts ostdeutsche Flüchtlingsstrecks an, die seit Februar 1945 überall in Mittel- und Norddeutschland unterwegs waren.

Offiziell beabsichtigten die westlichen Alliierten damals angeblich nur die Lahmlegung des militärischen Nachschubs, aber während dieser "militärischen Luftangriffe" kamen fast täglich zahllose ostdeutsche Flüchtlinge und einheimische Zivilisten um.

Während des gesamten Luftkrieges gegen das sogenannte "Nazi-Deutschland" berichtete fast keine größere nordamerikanische und britische Zeitung über die katastrophalen Folgen der alliierten Luftangriffe. Die verbitterten Briten und die "unbeteiligten" Nordamerikaner nahmen es mit vollkommener Gleichgültigkeit hin, daß Hunderttausende von wehrlosen deutschen Zivilisten "planmäßig" getötet, furchtbar verstümmelt oder obdachlos wurden.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit töteten die alliierten Luftflotten jahrelang schutzlose deutsche Zivilisten systematisch mit Spreng- und Phosphorbomben. Niemand protestierte dagegen, daß fast täglich wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen lebendig verbrannten, jämmerlich erstickten und unter unvorstellbaren Schmerzen qualvoll starben.

Im Verlauf des Luftkrieges von 1940-1945 warf bzw. schoß die deutsche Luftwaffe **74.130 t** Bomben einschl. V-Waffen auf Großbritannien.

Die Alliierten warfen während des Zweiten Weltkrieges **1.995.935 t Bomben** über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab (x041/106,141).

Obleich der Krieg längst entschieden war, warfen die Nordamerikaner und Briten **allein in den letzten sechs Kriegsmonaten des Krieges mehr als 1.000.000 t Bomben** über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab.

Nach der damals gültigen Haager Landkriegsordnung von 1907 waren Angriffe gegen unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnungen oder Gebäude, die nicht im direkten Angriffsbereich einer kämpfenden Truppe lagen, ausdrücklich verboten.

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die unterschiedslosen britischen und nordamerikanischen Flächenbombardements gegen unverteidigte deutsche Städte und die Wohn-

gebiete der Zivilbevölkerung zweifellos völkerrechtswidrig.

In seinem Buch "Bomberoffensive" rechtfertigte Harris, der am 1. Januar 1946 zum britischen Luftmarschall befördert wurde, das Massensterben der deutschen Zivilbevölkerung sowie die Vernichtung der deutschen Städte damit, daß er den Krieg schließlich um mindestens 1 Jahr verkürzt hätte.

Die Rechtfertigung, daß diese Bombardements angeblich erforderlich gewesen wären, um den Krieg schneller zu beenden und den Tod weiterer Opfer zu verhindern, entschuldigte jedoch niemals den jahrelangen völkerrechtswidrigen Bombenterror gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung.

Diese Luftangriffe beschränkten sich während des Zweiten Weltkrieges nicht darauf, militärische Ziele zu vernichten, sondern sie waren planmäßig gegen wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen gerichtet, um die Widerstandskraft der Bevölkerung zu brechen. Die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung waren zweifelsfrei unmenschliche Gewaltakte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

"Flächenbombardements" wurden zwar erst im Jahre 1970 von den Vereinten Nationen ausdrücklich zu Kriegsverbrechen erklärt, aber die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung waren zweifelsfrei unmenschliche Gewaltakte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die unterschiedslosen britischen und nordamerikanischen Flächenbombardements gegen unverteidigte deutsche Städte und die Wohngebiete der Zivilbevölkerung zweifellos völkerrechtswidrig. Da Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind die alliierten Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.

Antideutsche Politik: Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden aufgrund der völkerrechtswidrigen "Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld" allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt.

Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123).

Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").

Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).

Am 11. September 1941 erließ US-Präsident Roosevelt nach dem "Greer-Zwischenfall" den "Schießbefehl" gegen deutsche und italienische Kriegsschiffe (x040/95). Obwohl die Nordamerikaner spätestens danach eindeutig jegliche Neutralität aufgaben und in den US-Häfen alle deutschen Schiffe beschlagnahmten, erfolgte zunächst nicht die erwartete bzw. erhoffte deutsche Kriegserklärung an die USA.

Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.

Der britische Außenminister Eden verhandelte in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen. Stalin und Molotow verlangten am 16. De-

zember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie sollte die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlug Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollten das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.

Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.

Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 ein Aufsatz des nordamerikanischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton abgedruckt.

Die Außenminister Eden, Großbritannien, Hull, USA, und Molotow, UdSSR, beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1937 und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".

US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.

Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde in Nordamerika ein Bestseller.

Nizers Buch, daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte, wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen. Die US-Stabsoffiziere mußten sogar Aufsätze über das Nizer-Buch schreiben (x025/119).

Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).

Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" - Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau - den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Morgenthau forderte z.B. in der Denkschrift - "Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges" -, die gesamte deutsche Industrie zu demontieren, um das hochindustrialisierte Deutsche Reich langfristig auszuschalten (x114/1.54).

Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec vom 11. bis zum 16.09.1944 die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

Roosevelt und Churchill unterzeichneten am 15. September 1944 in Quebec den abgewandelten Morgenthau-Plan.

Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" zogen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.

US-Präsident Roosevelt verhielt sich danach zwar distanzierter, aber der "Morgenthau-Plan" wurde letzten Endes nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans wurden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert. Die westlichen Alliierten "ver-

schenkten" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschussgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Die Briten machten aus ihrer Abneigung gegenüber den "Germans" oder "butcher-birds" keinen Hehl. Der britische Gewerkschaftskongreß verkündete z.B. im Jahre 1944 mit einer 5:1 Mehrheit die Schuld des gesamten deutschen Volkes (x025/121).

Kriegskonferenzen der Alliierten: Die westlichen Alliierten legten am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichten die "Atlantik-Charta" (x058/376).

Während der Konferenz von Casablanca verkündete Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188). Jeder Waffenstillstand (auch mit einer "neuen" deutschen Regierung, nach einem Sturz Hitlers) wurde damit strikt ausgeschlossen (x041/123). Für das NS-Regime und den deutschen Widerstand war es jetzt endgültig zu spät, den Krieg durch politische Lösungen zu beenden.

Diese vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulationsforderung verlängerte den Zweiten Weltkrieg unnötig, forderte unzählige sinnlose Opfer und unterstützte letzten Endes Stalins Expansionspläne. Die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten wurde von der NS-Propaganda bis zum Kriegsende unermüdlich eingesetzt, um den Durchhaltewillen und die Kampfbereitschaft der Deutschen zu steigern.

Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigten sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches.

Stalin erkannte während der Konferenz von Teheran frühzeitig, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Churchill und Roosevelt waren dem berüchtigten, verschlagenen Machtpolitiker Stalin bereits in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauten sie dem sowjetischen Diktator und ließen ihm in Ost-Mitteleuropa sträflicherweise völlig freie Hand.

Churchill und Roosevelt vertraten damals die Meinung, daß Polen zukünftig auf alle Fälle stärker werden mußte. Die polnischen Grenzen sollten deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen (x041/124). Nachdem man die Curzon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt worden war) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hatte, schlug Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor.

Churchill erklärte während dieser Diskussion (x028/63): >>... Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf "einige deutsche Zehen" trete, könne man das eben nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.<<

Mit Hilfe von 3 Streichhölzern, die er nach Westen fallen ließ, demonstrierte Churchill anschließend die westliche Verlagerung Polens. Für dieses berühmt-berüchtigte "Streichhölzchenspiel" - "Nimm von 3 Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an" - erhielt Churchill vor allem von der sowjetischen Delegation großen Beifall (x035/331).

Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.

Im Verlauf der Teheran-Konferenz verlangte Stalin ferner die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).

Bei einem Trinkspruch forderte der "humorvolle" Stalin außerdem die "formlose Erschießung" von 50.000 deutschen Offizieren (x025/124). Während Roosevelt diese Anmerkung anscheinend als derben "Spaß" auffaßte und "49.500" antwortete, protestierte Churchill ener-

gisch gegen Massenhinrichtungen - Churchill dachte wahrscheinlich sofort an das sowjetische Katyn-Massaker.

Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er wollte", während die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich im Gegenzug lediglich mit einigen vagen Versprechungen begnügen mußten.

Am 4. Februar 1945 begannen Churchill, Roosevelt und Stalin die "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim.

Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:

1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.
2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt - x001/79E).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" - jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.

Stalin verpflichtete sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.

Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte. Durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie schafften die Westmächte damals bereits frühzeitig einen verhängnisvollen Zustand der Rechtsunsicherheit.

Die "Krim-Konferenz" endete sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sicherte man allen Völkern die "freie Wahl" der Regierungsform zu.

Gründung der "Vereinten Nationen" (UN): Am 1. Januar 1942 unterzeichneten in Washington 26 Nationen - einschließlich UdSSR - den Pakt der "Vereinten Nationen" und verpflichteten sich, keinen Separatfrieden mit dem NS-Regime oder Japan abzuschließen (x041/123).

Im Verlauf der Konferenz von Dumbarton Oaks (21.08. bis zum 7.10.1944) empfahlen Nordamerika, England, die UdSSR und China die Auflösung des "Völkerbundes" und die Gründung der "Vereinten Nationen".

Die USA, Großbritannien, UdSSR und China vereinbarten während der Konferenz von Dumbarton Oaks (in der Nähe von Washington) am 9. Oktober 1944 die Gründung der "Vereinten Nationen" (Ersatz für den gescheiterten Völkerbund).

Im Verlauf der Jalta-Konferenz (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim beschlossen "Die Großen Drei" u.a. die Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen". Jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.

Die Satzungen der Vereinten Nationen (UNO), vor allem die Charta der Vereinten Nationen und die 'Allgemeine Erklärung der Menschenrechte', stammten in erster Linie von US-Freimaurern.

Bei der UNO-Gründung im Jahre 1945 waren unter den US-Delegierten mindestens 47 CFR-Mitglieder (unter anderen David Rockefeller). Das UNO-Emblem stellt eindeutig ein Freimaurersymbol dar. Die 33 Gradfelder des Globus der UNO und die 33 Steine der Pyramide

verweisen z.B. auf die 33 Grade des "Schottischen Ritus" der Freimaurer. Die 13 Ähren links und rechts des Globus zeigen die jüdische Glückszahl, die 13. Die 13 ist die wichtigste Zahl der Freimaurer und hat verschiedene Bedeutungen.

Der Uno-Gründung folgten später zahlreiche internationale NWO-Organisationen, wie z.B. NATO, EU, Internationaler Strafgerichtshof, IWF und Weltbank, Welthandelsorganisation, Atlantik-Brücke (fördert seit 1952 u.a. erfolgversprechende Nachwuchspolitiker), Bilderberg-Konferenzen (seit 1954 finden jährlich informelle Treffen von einflußreichen Personen aus Politik und Wirtschaft statt).

Die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gegründeten Vereinten Nationen nannten in ihrer Charta als Zweck dieser Organisation die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung und Achtung der Menschenrechte.

Am 26. Juni 1945 unterzeichneten in San Francisco 50 Nationen die Charta der Vereinten Nationen.

Bei dieser Konferenz wurde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).

Am 10. Dezember 1948 beschloß die UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen eine allgemeine Deklaration der Menschenrechte. Die UN-Konventionen zum Schutz der Menschenrechte wurden danach für alle UN-Mitgliedstaaten zum bindenden Recht. Alle Staaten, die der UN beitraten, waren demnach verpflichtet, die Menschenrechte in ihren nationalen Rechtssystemen umzusetzen.

Besatzungspläne der Alliierten: Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof. Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944.

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Stalin, Churchill und Eden sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter" einigten sich in Moskau vom 9. bis zum 20. Oktober 1944 über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).

Am 14. November 1944 beschloßen die Alliierten in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen wurden auch die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart. Durch dieses Abkommen wurde nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.

Flucht- und Befreiungskatastrophen: Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes.

Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen, weil die NS-Gauleiter die Flucht der deutschen Bevölkerung vorsätzlich verhinderten oder verzögerten, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß Hitler die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.

Als die feindlichen Truppen immer näher kamen, floh die Zivilbevölkerung schließlich trotz Fluchtverbot und fehlender Räumungserlaubnis, denn überall fürchtete man die Rotarmisten, Milizen und feindlichen Partisanen. Die Massenflucht der Ostdeutschen begann oftmals erst 2-3 Tage vor dem sowjetischen Einmarsch. Vielerorts flüchtete die Bevölkerung auch nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der Roten Armee. In fast allen deutschen Siedlungsgebieten entwickelten sich panikartige, überstürzte Fluchtbewegungen, die zwangsläufig mit Katastrophen enden mußten.

Während der sowjetischen "Befreiungsmission" in Ostdeutschland setzte man 1944/45 erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoffe.

Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.

Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten, die sogenannten "Stalin-Schüler" einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus. Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):

Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten - ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete - etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.

In der späteren sowjetischen Besatzungszone - ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 50.000 Opfer kamen um.

In Groß-Berlin - ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 10.000 Opfer kamen um.

Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer - davon kamen etwa 240.000 Opfer um. Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.

Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Kapitulation der deutschen Wehrmacht: Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (als Vertreter der Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation.

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

In dieser militärischen Kapitulationsurkunde hieß es (x092/927): >>1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft. ...<<

Verluste des Zweiten Weltkrieges: Infolge des Zweiten Weltkrieges starben mindestens 55 Millionen Menschen, darunter waren etwa 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.

Verschleppung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen zur Leistung von Wiederaufbauarbeiten: Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Verhaftung der letzten Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches: Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle durch eine Giftkapsel Selbstmord.

Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges: Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.

Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größtenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.

Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.

Berliner Deklaration: Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber in Berlin aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm.

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67).

Da die Siegermächte keinen Gebrauch von ihrem Recht der Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich damals völkerrechtlich nicht annektiert. Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 demnach weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Das Deutsche Reich blieb als Rechtssubjekt bestehen. Der Staat war aber nach der Zerschlagung des NS-Regimes desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.

Potsdamer Konferenz: Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill - bis zur Wahlniederlage im Juli 1945 - und Attlee - ab 28. Juli 1945 - angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa: Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800

Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfassbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.

Die Vertriebenen sind im Übrigen rassistisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

Reparationen und Wiedergutmachungen: Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR).

Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte bzw. Zwangsarbeiter (als einen Teil der zugesagten Reparationen) in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).

Im Vergleich zu der mitteldeutschen und den westdeutschen Besatzungszonen wurde Ostdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fast vollständig ausgeplündert. Zur Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Ost- und Volksdeutschen als Kriegsbeute einsammelten, demontierten und abtransportierten.

In Mittel- und Westdeutschland wurden zunächst alle deutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM) (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden RM.

Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

Was die Sowjets, Nordamerikaner, Briten und Franzosen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als sog. Reparationen aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland herauspreßten und raubten, übertraf fast die menschliche Vorstellungskraft. Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten allein die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM (x063/618).

Entnazifizierung und Umerziehung in Mittel- und Westdeutschland: Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Sie-

gern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen. Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und um-erzogen.

Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche - vermeintliche "Werwolf-Angehörige".

Am 1. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet. 12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen.

Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stuft man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinet, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden allein die Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Verlierer geahndet, die zahllosen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Siegermächte blieben jedoch ungesühnt. Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 NS-Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtete. In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen ab 18 Jahre wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten.

Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete. Es war die Zeit der "Persilscheine", die rastlose sog. Jagd nach Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern.

Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164).

Hungerpolitik der sogenannten Befreier: Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung

von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen.

Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge** aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen **von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 über die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>Klassiker aktualisiert

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

"Kalter Krieg" zwischen den Siegermächten Sowjetunion und USA: Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands sowie der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkaufte.

Das Potsdamer Abkommen wurde von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vorsätzlich gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährden können

Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1947 die europäische Integration (Zusammenschluß von zunächst westeuropäischen Staaten). Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.

Ruhrstatut (Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde): Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diente hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts.

Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.

Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte: Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Dieses Besatzungsstatut (eigentliche deutsche Verfassung der Alliierten) reduzierte zwar die geplanten Demontagen, schränkte aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich ein.

Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland: Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn

am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die sog. "freien, geheimen Wahlen" waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteidiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche.

Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen.

Oder-Neiße-Linie: Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze.

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO): Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und den Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.

Mitglied des Warschauer Beistandspaktes: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und Montanunion (EGKS).

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit Juni 1979 alle fünf Jahre in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) zur Nutzung der Kernenergie: In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Verträge über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet.

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und

Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

In Kahl am Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

Das erste Atomkraftwerk der DDR ging im Jahre 1966 im nördlichen Brandenburg bei Rheinsberg in Betrieb.

Neue Ostpolitik: Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Diese Politik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau und leitete schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt".

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.

Die "Grünen": Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Am 28. Februar 1981 protestierten etwa 100.000 Atomkraftgegner trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Niedergang des Christentums: In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich

geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und verherrlichte schließlich den Atheismus und die Herrschaft der großenwahnsinnigen Öko-Hysteriker und der falschen Klimapropheten.

Zerstörung des deutschen Bildungssystems: Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule, die auf die Idee der "Einheitsschule" zurückging, wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems: Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt. Aufgrund der ständig geringeren Anforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen wurde der Bildungsstandard für alle Schüler drastisch gesenkt. Viele Schüler besitzen deshalb gegenwärtig nicht mehr die Grundkenntnisse, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium benötigt werden.

Obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten, führte man das US-Diplom (Bachelor/Master) ein.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache endgültig auszuschalten.

Allgegenwärtiger Schuldskult: Im Jahre 1975 veröffentlichte der deutsche Journalist Wilfried Ahrens eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-europa".

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.

Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschluss lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<

Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für

den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>... (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärte im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>... Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Holocaust-Industrie: Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Zusammenbruch der DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben"

...

In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ..."

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands: In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland, obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!!

Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag: "Tag der deutschen Einheit".

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Ostdeutschland: In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):
>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes.

Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festge-

setzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Kollektivschuld: Aufgrund der diffamierenden Geschichtsdarstellung der Sieger wurde jahrzehntelang unentwegt der Eindruck vermittelt, daß Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Massenverbrechen nicht nur eine Spezialität des NS-Terrors wären, sondern ein abstammungsbedingtes "teutonisches Phänomen" sei.

Der Schuldskult entwickelte sich zu einem bedeutenden Herrschafts- und Machtinstrument, denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen nicht mehr stattfanden.

Die mehr als 1.000jährige deutsche Geschichte wurde praktisch auf die Jahre des NS-Regimes von 1933-1945 (Kriegslüsterheit, Vernichtungslager, Endlösung, deutsche Kriegsverbrechen, deutsche Kollektivschuld) reduziert. In unserem Land der Geschichtslosigkeit werden heute z.B. etwa 19 Millionen Angehörige der deutschen Wehrmacht pauschal als Instrumente des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges bzw. als Kriegsverbrecher diffamiert.

Das negative NS-Deutschlandbild von den böartigen, kriegslüsternden Deutschen wurde international besonders durch die US-Filmindustrie weltweit verbreitet. In der einseitigen Geschichtsdarstellung Hollywoods stellt man den durchschnittlichen Deutschen gewöhnlich als brutalen, heimtückischen Verbrecher in brauner NS-Uniform sowie in schwarzer SS-Uniform oder bestenfalls als dummen, verblödeten Nazi-Mitläufer dar.

Genderismus: Im September 1995 wurde während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Beim sogenannten Genderismus handelte es sich jedoch tatsächlich vor allem um die zwangsweise Durchsetzung von Pseudo-Antidiskriminierungsmaßnahmen und um ideologische Um-erziehungsmaßnahmen, die darauf abzielten, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft zu spalten sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.

Der Genderismus ist ein gemeingefährliches Sozialexperiment (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, egoistischen, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen).

Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der totalitären Herrschaftssysteme, wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus, Raubtierkapitalismus, NWO-Globalismus) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne eigenen Nationalstaat (ohne Herkunft und Heimat), ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne stabile familiäre Bindung (Leben in Großkommunen) formatiert werden.

Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese undemokratische Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde besonders von den Vereinten Nationen und der EU maßgeblich unterstützt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat durchzusetzen.

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren.

Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle National-

staaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.

Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.

EURO-Einführung: Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hatte (ein Euro = 1,95583 DM). Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Rettung des Weltklimas: Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer.

Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen betragen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro erforderlich.

Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee, zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

Die "Energiewende" = Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen Energieversorgungsunternehmen: Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Die staatlich angeordnete "Energiewende" - nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft - wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird die "Energiewende" (staatlich angeordnete hochsubventionierte doppelte Stromerzeugung) die deutsche Ener-

giewirtschaft unweigerlich ruinieren.

Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke, wie z.B. Kern-, Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke, keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatter-Einspeisung durch die "erneuerbare" Energietechnik des Mittelalters aus Wind- und Sonnenkraftwerken zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Vorübergehende Stromausfälle werden durch die Flatter-Stromeinspeisung zum täglichen Normalzustand gehören.

Am 30. Juni 2011 beschloß der Deutsche Bundestag den Atomausstieg (Abschaltung aller Kernkraftwerke in Deutschland bis zum 31. Dezember 2022) und die sogenannte "Energie-wende".

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland (Stand: Mai 2019):

Kernkraftwerk	Philippsburg 2 (Baden Württemberg)
Typ/Nettoleistung	Druckwasserreaktor: 1.402 Megawatt (MW)
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1985 bis zum 31. Dezember 2019
Kernkraftwerk	Gundremmingen C (Bayern)
Typ/Nettoleistung	Druckwasserreaktor: 1.288 Megawatt (MW)
Kraftwerksbetreiber	RWE
Laufzeit	1985 bis zum 31. Dezember 2021
Kernkraftwerk	Grohnde (Niedersachsen)
Typ/Nettoleistung	Druckwasserreaktor: 1.360 Megawatt (MW)
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1985 bis zum 31. Dezember 2021
Kernkraftwerk	Brokdorf (Schleswig Holstein)
Typ/Nettoleistung	Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt (MW)
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1986 bis zum 31. Dezember 2021
Kernkraftwerk	Emsland (Niedersachsen)
Typ/Nettoleistung	Druckwasserreaktor: 1.335 Megawatt (MW)
Kraftwerksbetreiber	RWE
Laufzeit	1988 bis zum 31. Dezember 2022
Kernkraftwerk	Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg)
Typ/Nettoleistung	Druckwasserreaktor: 1.310 Megawatt (MW)
Kraftwerksbetreiber	EnBW
Laufzeit	1989 bis zum 31. Dezember 2022
Kernkraftwerk	Isar 2 (Bayern)
Typ/Nettoleistung	Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt (MW)
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1988 bis zum 31. Dezember 2022

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke, die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen, ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) mit einer **Nettoleistung von 9.515 Megawatt** fehlen.

Außerdem schlug die sogenannte "Kohlekommission" im Januar 2019 vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens **12.500 Megawatt** vom Netz zu nehmen.

Die Netzbetreiber gehen bei ihren Planungen davon aus, daß 2023 immer noch konventionelle

Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 83.000 Megawatt in Deutschland zur Verfügung stehen müssen (etwa so viel wie heute), um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können.

Diese Reserve von rund 83.000 Megawatt Kraftwerksleistung besteht größtenteils jedoch aus etwa 148 konventionellen Braun- und Steinkohlekraftwerken mit einer Leistung von rund 45.000 Megawatt, die im Rahmen der Rettung des Weltklimas bis spätestens 2038 komplett abgeschaltet werden sollen, so daß irgendwann fast keine Reservekraftwerke mehr vorhanden sein werden.

Merkels DDR 2.0: Die CDU-Politikerin Angela Merkel wurde am 22. November 2005 zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.

Die von der neomarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflussten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen.

Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradiكالen bleiben meistens völlig unbehelligt und werden nicht selten sogar durch staatliche Organisationen gefördert und finanziell unterstützt, während man die sogenannten "rechtsradikalen" Abweichler konsequent gesellschaftlich ausgrenzt, um ihnen die physische und psychische Lebensbasis zu entziehen.

Im "Kampf gegen Rechts" geht es den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen und Medien) und staatlichen Institutionen angeblich in erster Linie darum, das hohe Gut der Toleranz zu verteidigen. Obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität in Deutschland vielerorts vollkommen anders aus.

Wer als konservativer Kritik äußert oder friedlich gegen Mißstände demonstriert, muß damit rechnen, von linksextremen Antifa-Aktivisten diffamiert, öffentlich angepöbelt oder sogar tätlich angegriffen zu werden. Sämtliche Kritiker, die z.B. nur auf die Einhaltung von demokratischen Regeln und Gesetzen hinweisen, werden von den Linksradiكالen und den gleichgeschalteten Medien gewöhnlich sofort pauschal als Rechtsradikale, Rechtspopulisten, Nazis oder Rassisten mit der Kollektivschuldkeule zum Schweigen gebracht.

Jeder Widerspruch wird von den neomarxistischen Wächtern reflexhaft und unbarmherzig als Naziunwesen diskreditiert und mit sozialer Ausgrenzung sowie mit der Existenzvernichtung (Arbeitsplatzverlust, gesellschaftliche Ächtung etc.) geahndet, um kritische Auseinandersetzungen über strittige politische Themen zu vermeiden. Infolge dieser systematischen Verfolgungen wagen es immer weniger Menschen, die totalitäre Ideologie der selbsternannten Gutmenschen zu kritisieren und passen sich ängstlich an.

Zerstörung Deutschlands durch die eigene fremdbestimmte Regierung: Die vollständige Destabilisierung Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde durch die eigene fremdbestimmte

Regierung seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert. Um unsere Heimat endgültig zu beseitigen bzw. vollständig zu liquidieren, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger des satanischen NWO-Terrorimperiums vor allem auf bewährte totalitäre Destabilisierungsmaßnahmen.

Weltweit inszenierter Corona-Wahn: Nach der Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise und der Klimakrise brach Ende 2019 in China die sog. "Corona-Krise" aus. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rief danach am 30. Januar 2020 eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Infolge der Ausrufung des weltweiten Corona-Pandemie-Notstands wurde sehr schnell fast die gesamte Weltwirtschaft lahmgelegt. Viele Regierungen nutzten die systematische Erzeugung von Angst und Schrecken gewissenlos als Herrschaftsinstrument. Diese offensichtlich fremdbestimmten Regierungen hoben kurzerhand die verfassungsmäßigen Grundrechte ihrer Bürger auf und weiteten gleichzeitig ihre eigene Macht enorm aus. Die staatlichen Destabilisierungsmaßnahmen führten sehr schnell in allen Ländern zur Instabilität der sozialen und wirtschaftlichen Lage.

In Deutschland setzten die "Corona-Notverordnungen" seit März 2020 wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft, wie z.B. Bewegungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und weitere persönliche Freiheiten.

Im Rahmen des Gesundheitsnotstands wurden wegen der vermeintlich gefährlichen "Corona-Pandemie" spezielle private Unternehmen, Geschäfte und öffentlichen Institutionen vorübergehend geschlossen sowie Versammlungsverbote, Ausgangssperren, Maskenpflicht und weitere "Schutzmaßnahmen" verhängt.

Die politisch inszenierte weltweite Corona-Pandemie bestätigt derzeit, daß die Politik und die Propagandamedien die deutsche Bevölkerung vollständig im Griff haben. Eigentlich geht es zunächst vor allem darum, die angestrebte nationale und internationale Neuverschuldung durchzusetzen sowie zu testen, welche Maßnahmen man den Menschen im Rahmen der geplanten Neuen Weltordnung zumuten kann.

Die hinterlistige Corona-Politik und die unfaßbare Schuldenaufnahme der fremdbestimmten deutschen Bundesregierung werden unser Land wahrscheinlich in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit stürzen. Tausende von Unternehmen stehen vor der Pleite. Millionen von Arbeitnehmern drohen Arbeitslosigkeit und Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Existenz. Im Rahmen der zwangsläufig folgenden Hyperinflation werden schließlich alle deutschen Sparer (Geldentwertung) und Hauseigentümer (staatliche Zwangshypotheken) ihr mühsam erworbenes Eigentum verlieren und bettelarm.

Stromausfall (Blackout) nach Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke: Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man am 31. Dezember 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) abschaltet und in den folgenden Jahren plant, die Kohlekraftwerke durch emissionsärmere Gaskraftwerke zu ersetzen, wird es in Deutschland zwangsläufig große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben. Vor allem fehlende konventionelle Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsgapen

oder Netzzusammenbrüchen führen.

Für eine stabile Energieversorgungssicherheit ist es nicht nur wichtig, daß genügend Strom produziert wird; sondern der erforderliche Strom muß außerdem rund um die Uhr, an allen Tagen im gesamten Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Da die regenerativen Energien (Windkraftwerke, Solaranlagen etc.) Strom nicht verlässlich produzieren können, sind ab 2023 mindestens folgende Strommengen der ersatzlos stillgelegten Reservekraftwerke (**Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW**) in Großspeichern vorzuhalten, um überregionale Blackouts zu verhindern.

Leider besitzt Deutschland gegenwärtig nicht die erforderlichen Stromspeicher, um die bis 2022 stillgelegten Reservekraftwerke mit einer Gesamtleistung von mindestens 22.000 MW auszugleichen. Auch in den nächsten Jahrzehnten wird es voraussichtlich keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Großspeichertechnik (Batteriespeicher etc.) geben. Deutschland verfügt heute nur über 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann. Diese Störungsfälle (regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche), die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten Planwirtschaft ("Energiewende") nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die systematisch ruinierten Energieversorgungsunternehmen verfügen nicht mehr über genügend Kapital und eigene Energiespezialisten.

Die Deutschen sollten sich rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen ideologischen "Energiewende" (entschädigungslose Enteignung der privaten Energieerzeuger und staatliche Planwirtschaft) darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und erheblich geringerer Lebensqualität auszukommen.

Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (5G-Mobilfunk, Digitalisierung, Internet, Handy, etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich.

Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Durch den politisch erzwungenen Ausstieg aus der Kernenergie und die geplante Stilllegung aller Kohlekraftwerke werden sich in Deutschland wegen der sog. Flatter-Stromeinspeisung aus Wind- und Sonnenkraftwerken ständig vorübergehende Stromausfälle (Blackouts) ereignen.

Längere flächendeckende Blackouts werden chaotische Zustände und nationale Katastrophen auslösen. Infolge von tage- oder wochenlangen Stromausfällen werden sich alle Lebensbereiche grundlegend verändern. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur wird völlig kollabieren. Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftlichen Betriebe aus. Sämtliche Geschäfte, Banken, Apotheken, Schulen und ähnliche Einrichtungen müssen schließen. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) fällt ebenfalls aus, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.